

POLIZEI REPORT

G 58066
ISSN 1619-0335

Nr. 30

März 2009



**BEZIRKSGRUPPEN POLIZEIZENTRALBEHÖRDEN HESSEN UND
HESS. BEREITSCHAFTSPOLIZEI IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**

BAO Atlantik stellt tausende deutsche Polizistinnen und Polizisten vor neue Herausforderung!

NATO Gipfel Anfang April – Bereitschaftspolizei ist dabei!



Mit einem Doppelgipfel in Kehl und Straßburg feiert die Nordatlantikvertrag-Organisation (NATO) Anfang April ihr 60jähriges Bestehen. Höhepunkt des Treffens, zu dem auch der neue amerikanische Präsident erwartet wird, ist der vollständige Wiedereintritt Frankreichs in die NATO, der mit einer Begegnung des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy und den Spitzen der Bündnisstaaten unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Mitte der „Passerelle des deux Rives“ symbolisiert werden soll, einer Fußgängerbrücke, die seit der deutsch-französischen Landesgartenschau im Jahr 2004 die Ufer Deutschlands und Frankreichs über dem Rhein bei Kehl verbindet. Das politische und organisatorische Großereignis stellt auch die Polizei vor neue Herausforderungen.

Auch die hessische Polizei wird mit einem Kräftekontingent präsent sein. Anzunehmen ist, dass die Bereitschaftspolizei das Gros der Kräfte stellen wird und deswegen auch im Einsatzzeitraum keine zusätzlichen Aufgaben in Hessen wahrnehmen kann.

Anlässlich eines Ortstermins haben die GdP - Spitzen des Bundesvorstandes bereits vor Ort Kontakt mit den maßgeblichen Verantwortlichen aufgenommen. Dies hat nicht nur Tradition sondern ist auch mittlerweile „guter Brauch“ der größten Berufsvertretung der Polizeibeschäftigten. Im Gespräch mit dem verantwortlichen Chef der Landespolizeidirektion Freiburg, Herrn LKD Rotzinger, wurde deutlich, dass die Aufgaben Herausforderung und Ansporn sein werden. Aus dem beschaulichen Städtchen Freiburg wird er die BAO „Atlantik“ leiten, die

sich über einen Einsatzraum von 250 Kilometern in der Länge und 50 Kilometern in der Breite erstreckt und jeweils fast 100 Kilometer von den beiden deutschen Hauptschauplätzen Kehl und Baden-Baden entfernt liegt. Die Kunst wird auch bei diesem Einsatz sein, 14.000 Einsatzkräfte adäquat unterzubringen und zu verpflegen. X plus 60 Minuten“ lautet die Faustregel, mit der die Quartiermacher der „BAO Atlantik“ seit Wochen in der Region unterwegs sind, um die erwarteten 14.000 Einsatzkräfte aus dem ganzen Bundesgebiet unterzubringen. Rund 17.000 Betten haben sie bereits frisch bezogen und die stehen in polizeieigenen Häusern und Jugendherbergen, aber auch in Sterne-Hotels und beschaulichen Gasthöfen, Frühstück und eine warme Mahlzeit inklusive. In enger Zusammenarbeit mit den Personalräten und dem Landesbezirk Baden-Württemberg der Gewerkschaft der Polizei werden dienstliche und soziale Regelungen abgestimmt.

Dem Gegenüber wollen die in der betroffenen Region wohnenden Anlieger natürlich in ihrer Bewegungsfreiheit so wenig wie möglich beschränkt sein. **Die Welt ist auch – nicht zuletzt durch die tausende Medienvertreter - stets präsent!**

Und: 26 Staatschefs, Außen- und Verteidigungsminister mit ihrer entsprechenden Entourage sind in das Sicherheitskonzept einzubeziehen.

Widerstand gegen den avisierten NATO – Gipfel wird es auch geben, u.a. plant die Friedens- und globalisierungskritische Bewegung Demonstrationen anzumelden. Für den 4. April wollen die Nato-Gegner mit einer Großdemonstration in Straßburg, sowie Blockaden bei den Feierlichkeiten in Baden-Baden, auf sich aufmerksam machen. Naturgemäß muss immer mit Aktionen gerechnet werden.

Unser Bundesvorsitzender stellte fest: „Wir begrüßen, dass viele Konsequenzen aus den Erfahrungen des G8-Gipfels in Heiligendamm gezogen worden sind. Nun muss darauf gedrungen werden, dass der Polizei in Deutschland zu diesem Großeinsatz der Rücken freigehalten wird.“

Die Gewerkschaft der Polizei forderte daher eine Absage anderer sicherheitsrelevanter Veranstaltungen wie Fußballspiele und Versammlungen extremistischer Organisationen für die Einsatztage. Freiburg: **„Für den Schutz der zahlreichen, hochkarätigen Staatsgäste, muss die Polizei eine Herkules-Aufgabe bewältigen. Es ist nicht zu verantworten, wenn zwingend benötigte Kräfte zu Nebenschauplätzen wie Fußballstadien oder Marktplätze abgestellt werden müssten.“**

Auch die Personalräte der Kräfteentsendeländer werden gemeinsam vor Ort bei ihren Kräften sein. **„Die Überwachung der einzuhaltenden Standards bei Unterbringung und Verpflegung stellt keine Gängelei dar. Sie dient der adäquaten Unterbringung derjenigen, die für den reibungslosen Ablauf dieses weltumspannenden Ereignisses mit verantwortlich zeichnen“,** stellt der stellvertretende Personalratsvorsitzende der Bereitschaftspolizei, Jens Mohrherr, fest. Seitens des Vertreters des Hauptpersonalrates der baden – württembergischen Polizei, Rüdiger Seidenspinner, steht schon jetzt fest: **„Wir haben uns bei den Vorbereitungen davon überzeugen können, dass die von der GdP entwickelten Standards für die Unterbringung und Versorgung der Kolleginnen und Kollegen nicht nur eingehalten, sondern in weiten Teilen auch übertroffen werden.“**

Wir bleiben am Ball – Die GdP!



Die North Atlantic Treaty Organization, besser bekannt unter der gebräuchlichen Abkürzung NATO ist ein militärisches Bündnis europäischer und nordamerikanischer Staaten. Wenige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, am 4. April 1949, unterzeichneten die NATO-Gründungsmitglieder Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal, die Vereinigten Staaten von Amerika sowie das Vereinigte Königreich (UK) den Nordatlantikvertrag, der dann am 24. August desselben Jahres in Kraft trat. Die NATO hat zurzeit 26 Mitgliedsstaaten. Neben den zwölf oben erwähnten Gründungsmitgliedern aus dem Jahr 1949 traten 1952 die Türkei und Griechenland der Organisation bei.

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit 1955 Mitglied der NATO. Spanien trat 1982 bei, 1990 erfolgte die Ausdehnung des Nordatlantikvertrages auf das gesamte, vereinigte Deutschland.

Im Zuge der NATO-Osterweiterung wurden 1999 Tschechien, Polen, Ungarn Mitglieder der NATO. Danach erfolgte die Einladung der Länder Estland, Lettland, Litauen, der Slowakei, Slowenien, Bulgarien und Rumänien, welche am 2. April 2004 der NATO beitraten. Albanien und Kroatien erhielten am 3. April 2008 beim Gipfeltreffen in Bukarest eine Einladung zum Militärbündnis und unterzeichneten am 9. Juli in Brüssel die Beitrittsprotokolle.

Datenschutzskandale bei Bahn und Co – wer schützt die Beschäftigten?

Beim Datenschutz stehen anders als der Begriff zunächst vermuten lässt, nicht die Daten im Vordergrund, sondern die Personen, über die Informationen (Daten) verarbeitet werden. Rechtlicher Ausgangspunkt ist das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Die Grundidee ist, dass der Einzelne die Möglichkeit haben soll, selbst zu bestimmen, wer bei welcher Gelegenheit welche Informationen über ihn erhält. Als besonders gefährdend werden die Situationen angesehen, in denen große Organisationen Informationen - möglicherweise ohne Kenntnis der betroffenen Personen - sammeln, speichern und auswerten. Weniger relevant ist der alltägliche Informationsaustausch in den sozialen Nahbeziehungen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat mit Blick auf die bei der Deutschen Bahn offenbar gewordenen Datenschutzskandale Anfang Februar in Berlin gefordert, ein spezielles Datenschutzgesetz für Arbeitnehmer einzuführen. Die stellvertretende Vorsitzende des DGB, Ingrid Sehrbrock, machte deutlich, dass die Skandale mit Arbeitnehmerdaten bei der Bahn wohl nur die Spitze des Eisberges seien. Es dürfe künftig keine gezielte Beobachtung am Arbeitsplatz geben. Gleiches betreffe das Arbeitsumfeld. Es bedürfe klarer gesetzlicher Regelungen, wenn

zum Beispiel Arbeitgeber Zugriff auf Internet und E-Mail der Beschäftigten nehmen. Das Bundesdatenschutzgesetz in seiner bestehenden Fassung ist beschränkt im Hinblick auf die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten. Beim Arbeitnehmerdatenschutz geht es aber um mehr. Überwachungen und gezielte Beobachtungen am Arbeitsplatz dürfen nicht zum Wildwuchs in den Unternehmen und Betrieben werden. Hier bedarf es klarer gesetzlicher Regelungen.

Unbestritten dürfte auch sein, dass auch Sanktionen in einem solchen Gesetz festgelegt werden müssten. Weder in der Europäischen Kommission noch in der Bundesregierung gibt es entsprechende Gesetzesbemühungen, die über das Entwurfsstadium herausgekommen sind. Sollten begründete Anlässe bestehen, in denen Kontrollen unabdingbar sind, kann und muss es auch Ausnahmen geben. Dann gibt es die Möglichkeit, mit Betriebs- und Personalräten entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Die zeitliche Komponente sollte dabei aber unbedingt Beachtung finden. Und nur dann, wenn begründeter Verdacht besteht, sollte der Eingriff erfolgen. Ein Miteinander von Betrieb / Dienststelle sowie Betriebs- und Personalräten können, solange die

Gesetzeslücke besteht, durch eben diese Vereinbarungen hier eine Brücke schlagen. Datenschutz klingt für viele Beschäftigte sicherlich abstrakt. Aber wo Beschäftigte in Umkleidekabinen gefilmt werden wird es deutlich, was unter dem Begriff subsumiert wird. Unstrittig ist, dass in Zeiten, wo Beschäftigte um ihren Arbeitsplatz bangen, viel in Kauf genommen wird. Auf Seiten der Beschäftigten natürlich. Da tritt der Datenschutz ein Stück zurück. Es wird Zeit, gesetzliche Regelungen verbindlich einzuführen. Zum Schutz der Beschäftigten.

JM



GdP Forderungen an den Landeshaushalt

Der Bereich der Inneren Sicherheit leidet wie viele andere Bereiche des öffentlichen Dienstes an einer unzureichenden Personalausstattung. Stellenstreichungen und Umwidmungen haben dazu geführt, dass im Bereich der hessischen Polizei über 1000 Planstellen gestrichen wurden und damit auch das Personal den Dienststellen entzogen wurde.

Wir fordern, dass alle freiwerdenden Stellen in der kommenden Legislaturperiode besetzt und darüber hinaus mindestens 1000 neue Stellen geschaffen werden, um den Anforderungen im täglichen Dienst und bei Großeinsätzen, der Ausbau des Rhein Main Flughafens macht es deutlich, gerecht zu werden.

Wir wollen eine sachgerechte Besetzung aller Polizeistellen. Das bedeutet auch, dass Polizeiarbeit durch qualifizierte Polizeibeamtinnen und -beamte und Verwaltungsarbeit durch Verwaltungsbeamte bzw. ausreichend Tarifbeschäftigte wahrgenommen wird.

25 Jahre Schichtdienst sind genug und für Schichtdienstler muss definitiv mit 60 Jahren Schluss sein. Der pauschalen Verlängerung der Lebensarbeitszeit erteilen wir eine Absage, da der Polizeiberuf ein gefahrengelegter ist und mit anderen im öffentlichen Dienst nicht vergleichbar ist.

Als Folge des Personalabbaus wurden Polizeidienststellen geschlossen und mit anderen zusammengelegt. Der einstmals praktizierte Bürgerservice, nämlich die Erreichbarkeit der Polizei vor Ort, wird dort, wo Polizeidienststellen zur Nachtzeit geschlossen sind, deutlich eingeschränkt.

Eingesparte Mittel fließen zurück an den Finanzminister, ganz gleich, wie die individuellen Handlungsspielräume der Polizeibehörden und -einrichtungen, Ermittlerinnen und Ermittler aussehen. Benchmarking, beispielsweise in den messbaren Bereichen der Verwarnungsgeldeinnahmen findet innerhalb von Polizeidirektionen statt!

Höhergruppierungen im Bereich

der Tarifbeschäftigten sind kaum möglich, und im Beamtenbereich werden die zur Verfügung stehenden Beförderungsmöglichkeiten bei weitem nicht voll ausgeschöpft. Die Folgen hiervon sind bei den Beschäftigten spürbar und verständlich: Steigende Perspektivlosigkeit und Demotivation beherrschen den polizeilichen beruflichen Alltag.

Die Veräußerung der polizeilichen Liegenschaften auf den internationalen Finanzmärkten und die sich anschließende Rückmietung („Sell-and-lease-back“-Verfahren) wird für die nachfolgenden Generationen zu einer erheblichen finanziellen Belastung führen. Bereits jetzt kann festgestellt werden, dass das für die Instandsetzung und Reinigung der Polizeiliegenschaften zuständige Hessische Immobilienmanagement sich nur schleppend bewährt. Es liegt auf der Hand, dass polizeiliche Liegenschaften, insbesondere dort, wo im Schichtdienst 24 Stunden Dienst geleistet wird, nicht mit anderen Liegenschaften vergleichbar sind. Dennoch ist das Hessische Immobilienmanagement nicht in der Lage, flächendeckend den Bedürfnissen des Schichtdienstes, beispielsweise durch die entsprechende Erhöhung der Reinigungsintervalle, Rechnung zu tragen.

Die neu gewählte hessische Landesregierung darf die hessischen Landesbediensteten nicht von der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung abkoppeln. Das Beamtenrecht folgt dem Tarifrecht – Einkommenserhöhungen von 8 Prozent, mindestens jedoch von 200 Euro für alle Tarifbeschäftigten lautet die Formel. Es ist inakzeptabel, dass die Beschäftigten beim Bund und bei den Kommunen besser gestellt werden sollen als die hessischen. Die weltweite Finanzkrise kann nicht der Grund für weiteres Sparen bei den Gehältern und Einkommen der Landesbediensteten sein.

Die Abkehr von der 40 Stunden Woche ist vor dem Hintergrund der andauernd steigenden Arbeitsbelastung gerade im Polizeidienst bei gleichzeitigem Personalabbau un-

abdingbar. Obwohl Ende des Jahres 2007 erhebliche Finanzmittel für die Abgeltung von Überstunden zur Verfügung standen, beträgt der Überstundenberg noch deutlich über 3 Millionen Stunden.

Der Stellenabbau im Bereich der Tarifbeschäftigten der hessischen Polizei – von 1999 bis 2008 rund 1.670 Stellen – hat zu einer Aufgabenverschiebung der polizeilichen Tätigkeiten geführt. Tätigkeiten, die Tarifbeschäftigte ausgeübt haben, müssen durch Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte wahrgenommen werden. Die Formel, mehr Polizei auf die Straße zu bringen, ist nicht mehr als eine Worthülse.

Der im zurückliegenden Jahr erhobenen Forderung, wesentlich mehr als die beabsichtigten 250 Neueinstellungen bei der hessischen Polizei vorzunehmen, ist man nur bedingt gefolgt. Die im Jahr 2009 beabsichtigten 550 Neueinstellungen bei der hessischen Polizei werden erst in drei Jahren, nach Beendigung der Ausbildung, abzüglich einer Ausfallrate von 10 %, wirksam.

Ein weiterer Faktor, der bei der Einstellungspolitik der Landesregierung zu beachten ist, ist die demografische Entwicklung innerhalb der Polizei. Wenn nicht gehandelt wird, ist in zehn Jahren nur noch jeder dritte Polizist unter 40 Jahre alt, da die geburtenstarken Jahrgänge immer näher an das Pensionsalter von derzeit 60 Jahren heranrücken. 26 Prozent der 14.600 hessischen Polizistinnen und Polizisten sind bereits jetzt 50 Jahre alt und älter. Dieser Anteil wird sich bis zum Jahr 2016 auf 36 Prozent erhöhen. Mehr als die Hälfte, nämlich 56 Prozent, sind bereits heute über 40 Jahre alt. Gleichzeitig steigt das Durchschnittsalter an. Den besonderen Belastungen des polizeilichen Dienstes geschuldet sind auch die rund 1000 eingeschränkt dienstfähigen Beamten.

Im Gegensatz zu den Bediensteten der hessischen Landesverwaltung dürfen die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten nicht an

der Altersteilzeit teilnehmen, obwohl ein diesbezüglicher Kabinettsbeschluss vorliegt. Der DGB Hessen und seine Mitgliedsgewerkschaften sprechen sich nachdrücklich dafür aus, die Inanspruchnahme der Altersteilzeit auch für Polizeivollzugsbeschäftigte zu ermöglichen.

Dem Vorhaben, durch eine mögliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit entsprechende Stellen zu kompensieren, wird an dieser Stelle eine deutliche Absage erteilt. Geprägt durch gefahren geneigte Tätigkeiten und darüber hinaus die gesundheitsschädlichen Schichtdiensttätigkeiten muss die derzeit gültige gesetzliche Altersgrenze unangetastet bleiben. Die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage ist umgehend wiederherzustellen.

Hessens Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf eine qualifizierte Dienstleistung, die im Bereich der öffentlichen Sicherheit unverzichtbar ist. Die Einführung des Freiwilligen Polizeidienstes bedeutet einen deutlichen Qualitätsverlust. Eine professionelle Dienstleistung kann nur von qualifizierten Polizeibeamtinnen und -beamten erbracht werden. Zudem ist der Versuch der flächendeckenden Einführung des Freiwilligen Polizeidienstes nicht gelungen. Wir fordern die Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes.

Die hessische Polizei arbeitet noch immer mit der veralteten analogen Technik. Hessen darf nicht bei der Einführung des Digitalfunks, insbesondere zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und des organisierten Verbrechens, aber

auch bei Großeinsatzlagen, hinten anstehen.

Dienstkräftfahrzeuge sind Arbeitsplätze, die besonderen Kriterien im Sinne des Arbeitsschutzes unterliegen. Die Mitbestimmung der Personalräte muss gerade bei der Gestaltung der Arbeitsplätze dauerhaft und nachhaltig Berücksichtigung finden. Ersatzbeschaffungen sind innovativ voranzutreiben und neue Techniken zu nutzen.

Die Schließungen der polizeieigenen Kraftfahrzeugwerkstätten haben sich insbesondere dort nicht bewährt, wo die Dienstkräftfahrzeuge nicht mehr den Garantiebestimmungen unterliegen. Erhebliche Mehrkosten bei der Wartung der Fahrzeuge schlagen sich negativ auf die Budgets der Polizeibehörden und -einrichtungen nieder. GdP

Dies ist nicht mehr meine Polizei!

Seit nunmehr mehr als zwei Jahrzehnten bin ich Polizeibeamter in Hessen, viele Jahre davon im unregelmäßigen und gesundheitsbelastenden Schichtdienst. Da die enorme gesundheitliche Belastung des Schichtdienstes endlich erkannt wurde, hat man vor einigen Jahren die 5. Dienstschicht eingeführt.

Bei Einführung der 5. Dienstgruppe war dies eine feine Sache, d.h. man hatte die 38,5 Stundenwoche, machte seinen regulären Dienst - und versah noch Zusatzdienste - um auf seine Wochen- bzw. Monatsarbeitszeit zu kommen.

Zusätzliche Einsätze gab es schon immer, sie waren aber die Ausnahme. Dafür war auch immer ausreichendes Personal auf der Dienststelle vorhanden.

Privatleben fand statt, d.h. man konnte der Familie ausreichend Zeit widmen und am wichtigen Part der Kindererziehung mitwirken. Auch war die Regenerationszeit zwischen den geleisteten Diensten ausreichend, so dass man sich immer wieder auf den vor einem liegenden Dienst einstellen und auch entsprechend vorbereiten konnte.

All dies war in Ordnung und ich behauptete mit Fug und Recht, dass mir mein Beruf Spaß macht. Dieser Spaß an meinem Beruf, der für mich lange ein Traumberuf war, ist mittlerweile gänzlich abhanden gekommen.

Dazu trug maßgeblich die Einführung der 42-Stundenwoche bei. Zusätzlich verschlechterte sich die personelle Situation an der Basis dramatisch. Mit Basis meine ich die Dienstgruppen, Ermittlungsgruppen, Kommissariate.

Speziell im Schichtdienst fehlt an allen Ecken und Enden das Personal. Gegenüber dem Einzelnen existiert spürbar keine Fürsorgepflicht mehr. Ständige zusätzliche Einsatzanlässe, die auch von der Stärke der eingesetzten Kräfte meist überzogen erscheinen, Angstpolizei, sind nicht mehr die Ausnahme sondern zunehmend die Regel.

Permanente unsinnige Erneuerungen bzw. Anforderungen an den Einzelnen trugen auch ihren Teil dazu bei. Da die Dienststärke auch im Interesse der Kolleginnen und Kollegen gehalten werden soll, ist dadurch der Zusatzdienst in einer anderen Dienstgruppe an der Ta-

gesordnung. Eine planbare dienstfreie Zeit gibt es nicht mehr, denn durch ständige zusätzliche Dienste bzw. Sondereinsätze wird man gesellschaftlich zum Außenseiter. Abhilfe für diese Misere scheint nicht in Sicht und das Problem, welches hier angesprochen wurde, ist nicht nur ein Problem in der Dienststelle. Landesweit höre ich von Kollegen oft Negatives und für mich stellen sich dadurch folgende Fragen:

- Warum werden die Meinungen der Kolleginnen und Kollegen nicht über die Polizeiführung an die politisch Verantwortlichen kommuniziert?
- Warum wird nicht endlich gegen gesteuert und versucht, konstant und über mehrere Jahre hinweg, mehr Personal für die Polizei zu gewinnen?
- Warum sollen Polizeibesetzte, die einen gefahren geneigten Beruf ausüben, mit der Verlängerung ihrer Lebensarbeitszeit „belohnt“ werden?
- Warum wird den Polizeibesetzten der gerechte Lohn für gute Arbeit vorenthalten?

(Verfasser der Red. Bekannt)

Landesweite Aktionen in Hessen



Peter Wittig mit Hund
Nur ein Gerücht: früher Bernhardiner, heute auf Grund des Sparpaketes schlanker belgischer Schäferhund.

Am 12. Februar kam es dezentral zu landesweiten Aktionen der öffentlichen Dienst- Gewerkschaften. Schwerpunkt war Kassel, Wiesbaden, Darmstadt und Gießen.

Mehr als 4000 Beschäftigte des Landes beteiligten sich an den Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen.

Unser Landesvorstand tagte zusammen mit der Tarifkommission in Gießen. Während einer Sitzungs-



Bildunterschrift: Sitzungspause sinnvoll genutzt.

pause nahm die GdP an der Kundgebung in Gießen teil.

Die Sprecher der Gewerkschaften betonten, dass die Forderung nach 8% Einkommensverbesserung mindestens jedoch 200 , eine berechnete Forderung ist.

In Zeiten, in denen Milliarden an die Verursacher der Finanzkrise gezahlt werden, die sich dann sogar noch trauen Dividende an die Aktionäre zu zahlen (alles von unseren Steuergeldern!) ist unsere Forderung sehr moderat. Was bleibt denn bei einer Erhöhung von 200 Euro netto übrig? Das brauche ich wohl nicht näher auszuführen.

Wir warten auf ein Angebot des Landes Hessen. Die Wahlen sind

vorbei und es besteht kein Grund zur Verschleppungstaktik. Dass die anderen Bundesländer parallel verhandeln, darf nicht dazu führen, dass die hessische Landesregierung erst mal abwarten möchte. Wir gehören leider nicht mehr der TdL an und das ist nicht die Schuld der Landesbediensteten. Die Verhandlungen müssen auch in Hessen zügig vorangetrieben werden.

Das Land könnte als Vorbild dafür gelten, wie schnell und gerecht ein Abschluss gemacht wird.

Sie müssen nur "Ja" zu unseren Forderungen sagen, Herr Innenminister!

E.B.

Gewerkschaften sind wieder in - Mitgliederschwund in Hessen vorerst gestoppt



In den hessischen Einzelgewerkschaften, unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), herrscht seit Mitte Februar Freude über die Feststellung, dass die Gewerkschaften wieder „In“ sind. Dies zeigt sich an Hand der neuesten Mitgliederbestandsfeststellung fest aus der deutlich wird, dass weniger Mitglieder die Organisationen verlassen und im Gegenzug mehr Berufs-

anfängerinnen und –anfänger in die Gewerkschaften eintreten.

Nach bestätigten Angaben des hessischen DGB haben im vergangenen Jahr 3629 Männer und Frauen (0,8 Prozent der Mitglieder) die Organisationen verlassen. Im Vorjahr 2007 waren es immerhin noch 2,3 Prozent der Mitglieder, die die Organisation verlassen hatten.

Blickt man in den Bund, so sieht es bei den unter dem Dach des DGB organisierten Gewerkschaften anders aus. Im Schnitt haben nach DGB Angaben die Gewerkschaften im zurückliegenden Jahr 1,1 Prozent Mitglieder verloren.

In Deutschland sind zu Beginn des Jahres 2009 rund 6,37 Millionen Menschen Mitglied in einer DGB- Gewerkschaft.

Ob es bei dieser Trendumkehr bleibt, ist nach Worten des hessischen DGB Vorsitzenden Stefan Körzell noch nicht absehbar.

Als Gründe für den Verbleib in einer Gewerkschaft nannte Körzell die Tarifabschlüsse aus dem vergangenen Jahr und die durch die weltweite Konjunkturkrise verursachten Ängste bei den Beschäftigten.

Es bleibt letztendlich abzuwarten, wie sich das weitere Jahr entwickelt. Die beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben haben es in der Hand, das „Wir“ zu stärken.

Solidarität ist gefragt – als Einzelkämpfer hat man keine Chance!

JM

Das aktuelle Interview – heute: LPD Jürgen Diehl

Für das aktuelle Interview dieses Reports konnte die Redaktion den Leiter der Abteilung Einsatz des PP Frankfurt, LPD Jürgen Diehl gewinnen. Er ist wegen seiner bisherigen hessenweiten Verwendung in verschiedenen Führungspositionen den meisten Kolleg/innen bekannt. Als Gesamteinsatzleiter „Flughafenausbau“ erfasst sein planerischer Einfluss flächendeckend fast alle Kolleg/innen in Hessen. Die Fragen wurden ihm von Andreas Grün gestellt.



LPD Jürgen Diehl

POLIZEIREPORT: Die Einsatzlage Flughafen Frankfurt ist angelaufen. Wie beurteilen sie die Einsätze bisher und was ist noch verbesserungswürdig?

Ich bin mit dem Verlauf der Einsatzlage bisher zufrieden. Die umfassenden technischen, logistischen, organisatorischen und taktischen Vorbereitungen der Hessischen Polizei haben sich ausgezahlt. Gravierende Probleme, die Anlass geboten hätten, grundlegend andere Strategien zu verfolgen, hat es nicht gegeben. Es wurde viel neue Technik - u. a. im Bereich der Versorgung - eingesetzt. Dass es dabei gerade in den ersten Tagen zu

1994 wurde Jürgen Diehl nach Abschluss des Studiums an der PFA Münster-Hiltrup zum Polizeirat ernannt – und dann in Kassel und Lich bei der HBP als stellvertretender Abteilungsleiter eingesetzt. Hier war seine besondere Aufgabe der Aufbau einer Bereitschaftspolizeiabteilung sowie die Planung und Durchführung zahlreicher Einsätze in Hessen und in anderen Bundesländern. 1997 wechselte er zur PD Schwalm-Eder, die er mehrere Jahre leitete. Ein besonderer Schritt war die Berufung in die „PG Umorganisation“ im HMdl, wo er an der größten Strukturreform der hessischen Polizei mitarbeitete. 2001 leitete Jürgen Diehl kommissarisch die IV. HBPA in Kassel. 2003 wurde als Polizeidirektor Leiter der PD Marburg.. Doch einmal Reisender, immer Reisender. Jürgen Diehl wurde im Jahr 2006 erneut ins LPP berufen, um an den polizeilichen Maßnahmen nach einem möglichen TE-Anschlag und den Vorbereitungen zur WM 2006 zu arbeiten. Noch im gleichen Jahr kam er wieder nach Frankfurt als LPD und Leiter des Einsatzstabes. Jürgen Diehl wurde Leiter dieser großen Abteilung, wo er 1978 als Streifenbeamter im Einsatz gewesen war.

Startschwierigkeiten kam, musste einkalkuliert werden. Ich denke, wir haben hinreichend nachgebessert und die Probleme zufrieden stellend gelöst. Durch das engagierte und professionelle Vorgehen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es m. E. bisher sehr gut gelungen, dass konfliktträchtige Situationen sehr gut gemeistert wurden. An unserer Neutralität sind keine Zweifel aufgetreten. Bei uns lag die Deutungshoheit der relevanten Ereignisse und der polizeilichen Maßnahmen. Ich bin froh, dass wir keine gewalttätige Eskalation hatten.

POLIZEIREPORT: Wir haben alle noch die Bilder der schweren Auseinandersetzungen in den 80er-Jahren beim Bau der

Startbahn 18 West im Kopf. Die Proteste um den Flughafenausbau 2009 sind mit denen von damals nicht zu vergleichen. Was hat sich verändert?

Ich glaube, dass es für diesen Veränderungsprozess keinen monokausalen Erklärungsansatz gibt; die Ursachen sind vielfältig und facettenreich. Ausschlaggebend dürften einerseits gesellschaftspolitische und wirtschaftsstrukturelle Gründe sein. Die 80er-Jahre lassen sich nicht mit der heutigen Zeit vergleichen. Zu jener Zeit wurde in vielen Lebensbereichen polarisiert. Der Flughafen wurde damals vielfach noch als Ort der „Elite“ angesehen. Heute gehört „Fliegen“ weitgehend zum Alltag. Daneben scheinen mir gegenwärtig besonders die elemen-

turen Schwierigkeiten der Weltwirtschaft das Thema Flughafen ausbau zu überlagern. Andererseits waren die Auseinandersetzungen um die Startbahn 18-West von der Protestbewegung einer ganzen Region um den Flughafen Frankfurt/M. geprägt. Unterwandert von gewaltbereiten Autonomen und geprägt von einem Hassbild gegenüber der Polizei gab es dann die gewalttätigen Auseinandersetzungen, deren Bilder ich noch gut in Erinnerung habe. Heute haben wir es in erster Linie mit einem bürgerlichen Protest der Bewohner betroffener Kommunen zu tun, die den Rechtsweg beschritten haben und jetzt durch Demonstrationen/Aufzüge ihren Unmut über politische und gerichtliche Entscheidungen in die Öffentlichkeit tragen. Daneben gibt es die Gruppe nicht in der Region wohnender Aktivisten, die durch viele phantasievolle Aktionen, insbesondere im so genannten „Waldbesetzercamp“ versuchen, den Flughafen ausbau als Bedrohung und Gefährdung des Alltagsleben darzustellen. Alle Dramatisierungs-, Personalisierungs- und Emotionalisierungsbemühungen dieser Personen waren darauf ausgerichtet, zu mobilisieren und linksextremistische Kreise/gewaltbereite Autonome für gemeinsame Ziele zu gewinnen. Dieses ist den Störern bisher nicht gelungen. Dazu hat sicherlich auch das bisherige Einschreiten der Polizei beigetragen. Ein Initialereignis, das der Polizei ausschließlich die Rolle des Durchsetzers des staatlichen Machtanspruchs zuschreibt, konnte von den Agitatoren nicht konstruiert werden. Das Gegenteil ist der Fall. Die Polizei zeigt sich kommunikativ, sucht den Dialog und gestaltet ihre Maßnahmen transparent und konsequent.

POLIZEIREPORT: Viele Kolleg/innen klagten gerade in der Anfangszeit über die für uns nicht nachvollziehbare schnelle Umstellung vom Vier-Schichten-Dienst zum TENF. Wie kam es ohne erkennbare Not dazu?

Grundsätzlich ist das TENF-Modell geeignet, kurzfristig starke Kräfte der Alarmhundertschaften der Flächenpräsidien in den Einsatz zu bringen. Die Kräfte des „E“-Tages

stehen sowohl für den gesamten Tag als auch für die folgende Nacht planerisch zur Verfügung. Nicht differenziert vorliegende und belastbare Lageeinschätzungen vor dem Beginn des Einsatzes am 20.1.09 führten in enger Abstimmung mit dem LPP zu der Entscheidung, vom normalen Vier-Schicht-Rhythmus auf das TENF-Modell umzustellen, um sehr flexibel mit starken Kräften auf mögliche Aktionen reagieren zu können. Nachdem das Lagebild klarer war, hat sich die Gesamteinsatzleitung sehr frühzeitig für den Verzicht auf das TENF-Modell ausgesprochen.

POLIZEIREPORT: Durch die kurzfristigen Einsätze am Flughafen kam es in der Vergangenheit zu Engpässen bei der Betreuung der Kinder. Die erforderliche Betreuung stellte die Kolleg/innen vor kaum lösbare Aufgaben. Die vom Gesetz vorgegebene Vereinbarkeit von Familie und Beruf geriet ins Wanken. Wie sieht der Gesamteinsatzleiter dieses Problem und wie kann es bestmöglich gehandelt werden?

In den zurückliegenden Einsätzen am Flughafen wurden nie mehr als das jeweilige Regelkontingent der Alarmhundertschaften der Flächenpräsidien und des PP Frankfurt eingesetzt. Das heißt, mit Ausnahme des PP Frankfurt (fünf Züge) und des PP Westhessen (vier Züge), maximal eine Hundertschaft der übrigen Flächenpräsidien. Gerade durch die Umstellung auf den Vier-Schicht-Rhythmus und das TENF-Modell können diese Alarmhundertschaften in erster Linie aus Überhangkräften des normalen Tagesdienstes und nur ergänzend aus Kräften im „2. Frei“ bzw. im „E“-Tag gestellt werden.

Ich gehe davon aus, dass einzelne Härtefälle durch die jeweiligen Präsidien individuell gelöst wurden. Ein Wanken der gesetzlichen Forderung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann ich bei weitem nicht erkennen. Zu solchen Fällen muss es schnelle und pragmatische Lösungen geben – für alles andere hätte ich auch kein Verständnis.

POLIZEIREPORT: Zwischenzeitlich wurde der TENF wieder auf den normalen Dienst umgestellt. Müssen die Kolleg/innen mittelfristig mit einer nochmaligen Umstellung rechnen?

Mit dem 28.2.09 endet für die Fraport AG die Möglichkeit der Fällung von Waldflächen für den Ausbau des Flughafens. Die Fällarbeiten werden erst am 1.9.09 fortgesetzt. Aufgrund der Erkenntnisse aus der ersten Rodungsphase kann man davon ausgehen, dass sich die Intensität des Protestes maximal wiederholen wird. Diesem können wir mit den Kräften der Bereitschaftspolizei und den Kräften der Alarmhundertschaften begegnen, die uns grundsätzlich aus dem Regelbetrieb zur Verfügung stehen. Insofern kann eine nochmalige Umstellung für die Einsatzmaßnahmen am Flughafen nahezu ausgeschlossen werden.

POLIZEIREPORT: Wie schätzen Sie die Entwicklung nach dem 31.3.09 ein? Wird es zu einer Dauerlage Flughafen kommen und mit welchen Belastungen müssen die Kolleginnen und Kollegen rechnen?

Es war im Vorhinein klar, dass die Polizei mit unterschiedlichem Kräfteinsatz über die gesamte Bauzeit hinweg präsent sein muss. Daher wurden auch alle Anstrengungen in Richtung Aufbau einer funktionsfähigen Befehlsstelle, eines nahen Versorgungsstützpunktes für die Einsatzkräfte sowie umfangreicher Infrastruktur, wie zum Beispiel Funkversorgung, unternommen. Absehbar wird diese Dauereinsatzlage jedoch grundsätzlich mit Kräften des HBPP zu bewältigen sein. Die Gesamteinsatzleitung hat den Kräfteinsatz kontinuierlich reduziert. Ab dem 1.3.09 sollen tagsüber nur noch vier Gruppen und nachts drei Gruppen eingesetzt werden.

POLIZEIREPORT: Das letzte Wort gehört Ihnen. Was möchten Sie den Kolleginnen und Kollegen noch mit auf dem Weg geben?

Ich möchte mich schon jetzt bei allen eingesetzten Beamt/innen bedanken. Alle bisherigen Einsätze

am Flughafen liefern ohne spektakuläre Zwischenfälle ab. Dies ist letztendlich auch dem besonnenen und verantwortungsbewussten Auftreten der Einsatzkräfte zu verdanken. Ich hoffe, dass die individuellen Bela-

stungen der Kolleg/innen sich in Grenzen halten und niemand bei den weiteren Einsätzen zu Schaden kommt.

POLIZEIREPORT: Vielen Dank für die Bereitschaft den Kollegin-

nen und Kollegen das viel diskutierte Thema „Einsatz-Flughafen“ aus Sicht des Gesamteinsatzleiters darzustellen.

Yes he can !!!

Amerika hat seinen Obama; die GdP ihren Konny!

In der Schule habe ich gelernt, dass es wichtig ist gutes zu tun. Doch wer gutes tut, redet meist nicht selbst darüber. Spricht man gut über eine andere Person, gerät man schnell in Verdacht etwas bezwecken, oder sich gar einen eigenen Vorteil verschaffen zu wollen. Dies ist nicht der Fall, denn mit meinen 57 Lebensjahren strebe ich keine neuen Ämter, außer dem eines Ruhestandsbeamten an.

Was mich bewegt ist meine Erkenntnis, dass wir in einer Zeit der völligen Unkalkulierbarkeit, hinsichtlich globaler und politischer Entwicklung leben, in der sich nur noch ganz wenige Menschen als Leitwolf präsentieren.

Einer dieser Leitwölfe ist derzeit sicherlich der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Barak Obama.

Amerika hat einen Präsidenten wie Obama bitter nötig, nachdem es unter dem von sozialer Kälte und Kriegslust geprägten Georg W. Bush auf einem Tiefpunkt angelangt war.

Doch was hat das alles mit „Konny“, unserem Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg zu tun?

Seit vielen Jahren, in denen Konny unser Bundesvorsitzender ist, habe ich festgestellt, dass er eine Stimme mit sehr großem Gewicht besitzt. Dies zeigt sich nicht alleine in seinen internen Veröffentlichungen innerhalb unserer GdP, sondern auch in seiner ständig gefragten Präsenz in der Öffentlichkeit. Seien es Einladungen zu Gesprächen mit der Politik, bis hin zur Bundeskanzlerin und dem Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland oder zu den Medien. Hier insbesondere als kompetenter Gesprächs-

teilnehmer in Talkrunden wie der von Anne Will.



Dafür, dass die GdP im Gewerkschaftsverband auf Grund ihrer Größe eher als Zwerg zu bezeichnen ist, besticht deren Vorsitzender Konrad Freiberg durch sein öffentliches Gewicht.

Woran das liegt, wurde mir bei den wenigen Begegnungen persönlicher Art und den vielen Begegnungen bei öffentlichen Veranstaltungen und Demonstrationen klar.

Das Bedürfnis dies endlich einmal öffentlich anzusprechen entstand für mich bei der Teilnahme an einer Demonstration, anlässlich des diesjährigen Tarifstreites in Hannover, am 03. Februar 2009.

Übrigens einer großartigen Veranstaltung mit ca. 14 000 Teilnehmern, davon mehrere tausend Kolleginnen und Kollegen der GdP-Landesverbände sowie der GEW, Verdi und dem DBB.

Nach einer beeindruckenden Demo durch die Innenstadt von Hannover kam es zur zentralen Kundgebung auf dem Opernplatz. Nach mehreren starken Reden, u.a. der von Frank Bsirske, trat unserer Konny ans Mikro. Nach wenigen Sätzen von Konny war das sonst bei solchen Veranstaltungen übliche Gebrummel verstummt und das „Volk“ klebte Konny an den Lippen.

Warum denn das? Zumal der große Verdichef Frank Bsirske gerade seine Rede gehalten hatte.

Konny gelang es wie immer die Sache auf den Punkt zu bringen. Klar, gut strukturiert, allgemein verständlich, mit deutlichen Hinweisen an die politischen Verantwortlichen sprach er das an, was unsere Kolleginnen und Kollegen und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes insgesamt bewegt. Auch einen Ausflug in die große Weltpolitik, die der Finanzmogule, ließ er nicht aus. Ich war fasziniert! Ein Blick in die Runde zu den Teilnehmern der GEW, Verdi und dem DBB bestärkten mich in meiner Faszination. Konny war klasse, was von vielen Zuhörern bestätigt wurde. Im Gespräch mit Teilnehmern anderer Gewerkschaften wurde mir deren Hochachtung für unseren Konny bestätigt. Auf der stundenlangen Heimfahrt durch Schnee und Eis waren meine Mitfahrer und ich uns einig, dass alleine die Rede unseres Bundesvorsitzenden alle Mühen und Strapazen wert waren. In dieser wie eingangs beschriebener chaotischer Zeit dürfen wir als GdP glücklich und dankbar sein einen Leitwolf wie Konny zu haben.

Yes he can!

Roland Kramer

Ein planbarer Einsatz!

Der Bau der Landebahn Nordwest am Frankfurter Flughafen – kein Einsatz wie jeder andere? - Ein Einsatz wie viele andere und dennoch wiederholen sich Einsatzabläufe, die wir bereits in der Vergangenheit immer wieder kritisiert haben.

soviel Zeit und Raum für verlässliche Planungen wie dieser.

Keinerlei Hinweise erreichten uns, die erkennen ließen, dass der Umstieg auf den T-E-N-F, also hinein in die Phase III, bereits nach einer Woche erforderlich wird. Dienstliche und damit auch private

gewerkschaftlichen und personalrätlichen Schwerpunkte sahen und sehen, wurden Entscheidungen getroffen, die ich nicht nachvollziehen kann. Wenn auf Grund vorliegender Erkenntnisse der Einstieg in den T-E-N-F erforderlich war, so muss dies bereits vor dem 12. Januar klar gewesen sei, der Wechsel vom Vier-Schichtrhythmus in den T-E-N-F wäre somit vermeidbar gewesen und hätte viele von uns vor Planungsproblemen bewahrt. Den zweiten Schwerpunkt legten wir auf den Arbeitsschutz. Planbare Einsätze – und der Bau der Landebahn Nordwest war und ist in allen Phasen planbar – dürfen grundsätzlich 12 Stunden nicht überschreiten (inklusive An- und Abfahrt). Wir sind professionell genug, um damit umgehen zu können, dass besondere, sich ad hoc entwickelnde Lagen auch längere Einsatzzeiten mit sich bringen können, aber wer 12 Stunden Einsatzzeit plant und private Vorbereitung, An- und Abfahrtszeiten noch dazu addiert verstößt gg. die Vorgaben des Arbeitsschutzes und riskiert hierbei die Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen. 16, 18 oder noch mehr Stunden im Einsatz haben stattgefunden, das wäre vermeidbar gewesen, wenn man sich an die Vereinbarungen mit dem Hauptpersonalrat gehalten hätte.



Bereitschaftsraum

Von langer Hand geplant, durch alle Instanzen geführt, sahen wir Polizistinnen und Polizisten voller Spannung diesem voraussichtlich langatmigen Einsatz entgegen.

Anfänglichen Horrorszenarien wichen mit der Annäherung zur Umsetzungsphase realistische Erkenntnisse, die allesamt erwarten lassen konnten, dass es eine zweite „Startbahn West“ nicht geben wird.

Die Einsatzplanungen berücksichtigten, so wie es korrekt ist und wir unser Handwerk verstehen, alle Eventualitäten und wurden im Wesentlichen in drei Phasen aufgeteilt.

In der personalrätlichen Begleitung haben wir im Hauptpersonalrat und in den örtlichen Gremien den Schwerpunkt auf die Planbarkeit für unsere Kolleginnen und Kollegen sowie auf die Einhaltung der arbeitsschutzrechtlichen Bedingungen gelegt. In der Folge unserer Vereinbarungen erreichten wir einen späteren Einstieg in einen geänderten Schichtrhythmus in der Hoffnung, dass ein Umstieg in den sogenannten T-E-N-F (Tag/Einsatz/Nacht/Frei) lediglich die letzte Option zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung sein wird.

Kaum ein Einsatz in der Vergangenheit hatte in der Vorlaufphase

Planungen wurden damit über den Haufen geworfen und haben unserer Kolleginnen und Kollegen eine Menge Probleme bereitet. Doch damit nicht genug, vor Ort im Einsatz müssen wir feststellen, dass wir genau das antreffen, womit wir seit Monaten rechnen – mit sehr wenig und kaum gewaltbereitem Widerstand von Ausbaugegnern. Kritik von mir kommt nicht im Bezug auf die fachkompetente Vorbereitung, unsere Führung versteht ohne Zweifel ihr Handwerk, aber genau in den zwei Punkten, in welchen wir unsere



Personalrat vor Ort

Ohne diese beiden vermeidbaren Ärgernisse hätten wir als Einsatzkräfte mit dem Start und jetzt mit dem aktuellen Einsatzverlauf durchaus zufrieden sein können. Bei aller Kritik habe ich aber auch nicht übersehen, dass man in der Fortschreibung und Analyse der Lage die

Kräfte deutlich reduziert hat. Die Anordnung der Rückkehr zu einer reinen Einsatzzeit von acht Stunden ist sicherlich nicht nur eine Folge unserer, an den Innenminister klar formulierten Forderungen, sondern sicherlich auch ein Ergebnis ausführlicher und konstruktiver Di-

aloge, die wir als GdP mit den Verantwortlichen im LPP, und darüber hinaus in der Personalratswache vor Ort, zeitnah zu den Ereignissen gesucht haben.

Lothar Hölzgen

Neues vom POM Fritz:

Der nächste Einsatz kommt bestimmt!

Hallo Kolleginnen und Kollegen, ihr kennt mich, weil ich manchmal für die GdP Publikationen schreibe. Mein Name ist Fritz und ich bin Polizeiobermeister. POM Fritz halt.

Am zurückliegenden Vorweihnachtsabend plante ich mit meiner Frau die ersten Wochen und Monate des dann neuen Jahres und wir stellten fest: im Jahr 2009 stehen für uns Polizeibesetzte einige Lagebewältigungen und damit verbundene Einsatzmaßnahmen an. Beginnend mit den Lagen am Flughafen wird sich bestimmt eine Vielzahl weiterer Einsatzlagen anschließen, die uns auf Trab halten werden.

So ist es nun mal. Wie sieht es eigentlich in meiner Dienstgruppe aus?

Der Schorsch ist in Ruhestand gegangen und seine Stelle hat der Finanzminister in Wiesbaden „sozusagen“ kassiert. Also einer weniger, der mögliche Lagen bewältigen könnte.

Einsätze neben dem regulären Schichtdienst nehmen zu. Mein erster Einsatztag am Flughafen begann direkt im Wald mit der Ablösung der Nachtdienstkräfte, damit diese schneller nach Hause fahren können. Danach werde ich wie meine Kolleginnen und Kollegen auch erstmal in Mörfelden eine Stärkung einnehmen. Ich betrete gespannt und voller Erwartung die angemietete Halle.

Prima, die Bierzeltgarnituren sind ja auch wieder da - wie bei der WM!

Freundliche Kolleginnen und Kollegen, die die Arbeit auch freiwillig machen, geben die Verpflegung

aus. Leider kam ich zu spät, ab 9 Uhr, so sagt man mir vor Ort, gibt es nichts mehr zum Frühstück. Aber schon ab 11.30 Uhr gibt es Mittagsverpflegung. Das Buffet bleibt leer.

Aber mein Magen ist unerbittlich: er meldet alarmierend, dass mein Hungergefühl einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Immerhin habe ich schon mehrere Stunden Dienst hinter mir und hatte eine lange Anreise zum Einsatzort.

Dem freundlichen Kollegen hinter der Theke kann und möchte ich es nicht ankreiden, dass ich jetzt vor leeren Behälter stehe.

„Kuck änd Tschill“ nebst Buffetform lautete im Vorfeld der Einsatzmaßnahmen die Devise. In zahlreichen Veröffentlichungen war zu vernehmen, dass es auch bei diesem Einsatz den gewohnten WM Standard geben sollte! Anhand eines Lageplans und mit einem Kaffee in der Hand machte ich mich schlau über das, was in der Halle alles so geboten werden sollte – also geplant war. Leider lagen Planung und Wirklichkeit wie im richtigen Leben auseinander.

So stellte ich fest, dass die TV Ecke an den ersten beiden Einsatztagen zwar eckig, jedoch kein Fernseher vor Ort war. Wie ich dann mitbekam, wurde dieser am dritten Tag nach Einsatzbeginn aufgestellt. Die zwei Internetrechner erfreuten sich reger Beliebtheit. Ansonsten Tristesse im Bierzeltmöbelstil. Dartpfeile werfen können auch nur immer maximal vier Spieler. Da trifft es sich gut, dass die Gewerkschaft (der Polizei) wieder das Tischfußballgerät zur Verfügung gestellt hat. Endlich Mittagszeit.

Hungrig und in Erwartung einer Mittagsverpflegung versuche ich den heißen aus Alufolie bestehenden Deckel meiner Verpflegungschale abzuziehen. Nudeln mit Sahnesoße und Schinken soll es geben. Stark Geschmacksneutral – ich werde mich konstruktiv bei den Personalräten beschweren, die im hinteren Bereich der Halle temporär ihr Büro aufgeschlagen haben.

Also auch der zweite Anlauf hat mich nicht satt gemacht. Es hat sich herausgestellt, dass offensichtlich kulinarische Märchen wie weiland im Sommer 2006 nicht zu wiederholen sind. Der Rest meines Diensttages gestaltet sich angenehm, wir sind ja auch mehr als ausreichende Kräfte im Einsatzraum. Zur Übernachtung geht es ins Hotel. Am nächsten Tag noch ein Dienst damit sich auch die Anfahrt gelohnt hat! In Gesprächen mit vielen Kolleginnen und Kollegen stelle ich fest, dass Unmut im Vorfeld der Einsatzmaßnahmen aufgekommen ist. Viele Kolleginnen und Kollegen sind wie ich Vorstand einer Familien AG.

Und da hat es gar nicht gepasst, was vor Beginn der Einsatzmaßnahmen abgelaufen ist!

Der Absicht, bereits ab 1. Januar 2009 auf den so genannten TENF umzustellen, wurde zum Glück nicht gefolgt. Gleichwohl wurde ab dem 12. Januar 2009 auf den landesweiten vier Schichten Dienst umgestellt.

Darauf verlassend, dass durch die landesweite Schichtumstellung zunächst erst einmal Planbarkeit im Dienstplan herrschte, traf es die meisten Familienvorstände mit ganzer Härte. Ohne erkennbaren

Grund wurde vom landesweiten Schichtdienst auf den bei der WM 2006 erprobten T(agdienst) E(in-satz) N(achtdienst) F(rei) umgestellt.

Gerade erst alles passend gemacht geht es schon wieder los!

Planen und Bitten im Familien- und Freundeskreis, damit Dienst und Familie unter einen Hut passen.

Anfang Februar muss ich nicht mehr so oft nach Frankfurt zum Einsatz fahren. Und die versprochene Kräftereduzierung ist auch vollzogen – zurück zu den alten Dienstplänen.

Ach ja, dass Essen und das Angebot, also die Verfügbarkeit der Mahlzeiten soll nach dem Interventions unserer Personalvertretung deutlich besser geworden sein.

Hoffentlich bleibt das so, denn die Kolleginnen und Kollegen, die den Service vor Ort mit der Essenausgabe machen, haben es nicht verdient, den sicherlich gerechtfertigten Unmut von mir und anderen Kolleginnen und Kollegen dann ausbaden zu müssen.

Zu den Einsatzmaßnahmen nach Frankfurt fahre ich, soweit die Plan-

barkeit feststeht, jederzeit gerne wieder.

Ob ich als Alarmhundertschaftsangehöriger zum Nato Gipfel im April zum Einsatz fahren will? Im April steigt der Nato Gipfel in Straßburg. Auch der neue amerikanische Präsident wird dort erwartet – und um ihn und andere zu schützen, werden tausende Polizistinnen und Polizisten benötigt. Der nächste Einsatz kommt bestimmt!

Euer POM Fritz

Wir haben es verdient!

Gedanken zu den Tarifforderungen eines Landesbediensteten

Landauf – Landab hat die Einkommensrunde 2009 begonnen! Auch für den öffentlichen Dienst. Die Bediensteten der Deutschen Bahn haben bereits einen Abschluss erzielen können. Dies liegt nach meiner Meinung unter anderem auch daran, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewiesen haben, wie sehr sie durch einen Streik die Bahn handlungsunfähig machen können.

Im Bereich des öffentlichen Dienstes haben sich die Tarifkommissionen der Gewerkschaften auf ihre Forderungen verständigt. Auch in Hessen wurden die Forderungen bereits vor Weihnachten kundge-

tan. Damals war allerdings nichts zu erwarten, da man sich im Landtagswahlkampf befand und der Landtag sich selbst aufgelöst hatte.

Eine Erhöhung der Gehälter und Einkommen um 8 Prozent, mindestens aber 200 Euro, waren und sind unsere GdP – Forderungen.

Das dies dem einen oder anderem zu viel erscheint, will ich mit einem kurzen Rückblick widerlegen.

In den zurückliegenden Jahren wurden die Bediensteten des öffentlichen Dienstes regelrecht von den Einkommensentwicklungen abgekoppelt. Speziell für Hessen (und Berlin) gelten eigene „hessische Ge-

setze“. Zukunftssicherungsgesetz, Operation Sichere Zukunft und andere Sparprogramme speisten die Landesbediensteten mit einer Tatsache immer wieder ab: Sind wir doch im öffentlichen Dienst in Hessen froh, dass wir einen sicheren Arbeitsplatz haben!

Weiterhin wurde die verheerende Staatsverschuldung des Landeshaushaltes herangezogen, im Übrigen keine reine hessische Besonderheit, die natürlich Vorgängerregierungen mit zu verantworten hatten. Die Verschuldung des Landeshaushaltes ließ den Finanzminister einfallreich werden: Zunächst erst einmal den Gürtel enger schnallen. Wie? Ganz einfach: Kürzung bzw. Streichung der Weihnachts – bzw. Urlaubsgelder für die Landesbediensteten. Und dann noch eine hessische Besonderheit: Die Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 42 Wochenstunden für den Vollzug und die Tarifbeschäftigten, sofern diese einen so genannten Neuvertrag, der bei jeder Änderung des bestehenden Status fällig wird, bekommen. Daneben wurden noch Landesliegenschaften verkauft und sogleich wieder zurückgemietet, Sell and lease back im Neudeutsch.

Dann setzte endlich der Aufschwung der Wirtschaft ein! Unternehmen, die nicht mindestens zweistellige Millionengewinne erwirt-



schafteten wurden müde belächelt. Zeitgleich sprudelten die Steuereinnahmen. Also erwarteten auch wir Landesbediensteten einen warmen Regen im Portemonnaie. Statt einsetzendem Regen gab es noch nicht einmal Tropfen!

Jetzt leben wir aktuell in einer noch nie da gewesenen weltweiten Finanzkrise! Verantwortlich dafür sind einige Topverdiener auf diesem Globus. Spekulanten, die auf Kosten zahlreicher Staaten und deren Steuerzahler abkassiert haben.

In Deutschland werden Milliarden an Banken und Unternehmen in so genannten Rettungsfonds ausgezahlt. Zum größten Teil haben die letztgenannten die Krise selbst mit herbeigeführt oder sind mit dafür verantwortlich.

Ist es nicht an der Zeit, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nun endlich auch mit einem Einkommenszuwachs bedacht werden, der gerecht ist? Wäre es nicht zudem ein Signal zur Belebung der Konjunktur? Denn unsere Landesbeschäftigten investieren Gehaltszuwächse nicht in Aktien und Wertpapiere, sondern direkt in das Lebensnotwendige wie steigende Energiekosten, Mieten, Ausbildungskosten der Kinder, gestiegene Energiekosten, Lebensmittel pp. Können sich die politisch Verantwortlichen einen schwachen öffentlichen Dienst und damit auch eine

schwache Polizei überhaupt leisten? Offensichtlich schon, denn die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst hat sich in den Ländern seit 1992 deutlich reduziert. Von bundesweit 3 Millionen Staatsdienern 1992 sind nunmehr unter 2,6 Millionen bundesweit übrig. Konkret für den Bereich der hessischen Polizei konstatieren wir einen Personalarückgang von 1000 Beschäftig-



ten – bei gleichzeitig gestiegenem Arbeitsaufkommen. Ohne den entsprechenden Lohnausgleich! In den jüngst veröffentlichten Koalitionsvereinbarungen ist zu lesen, dass man dem Personalabwärtstrend durch Neueinstellungen entgegenzutreten will. Für die Motivation und Wertschätzung der Beschäftigten indes

sind die Forderungen der Gewerkschaften, 8 Prozent oder mindestens 200 Euro mehr, ausschlaggebend! Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender unserer GdP, machte am 3. Februar 2009 anlässlich der Demonstration der Gewerkschaften für die Tarifierhöhungen deutlich:

„Es ist schon deprimierend, für die Gesellschaft den Kopf, die Knochen hinzuhalten, bei vielen Demonstrationen mit Steinen beworfen zu werden und jeden Monat Angst vor den Kontoauszügen zu haben.

Es ist kein Wunder, wenn dieses, so würde es vielleicht ein Arbeitsmediziner ausdrücken, zu posttraumatischen Verbitterungsstörungen bei den Beschäftigten der Polizei, des öffentlichen Dienstes führt.

Im Bereich der inneren Sicherheit versuchen die Politiker immer wieder mit neuen Gesetzen, Kompetenz zu suggerieren. Aber was soll ein Polizist seinen Kindern erzählen, wenn diese berechnete Wünsche äußern, sei es für die Schule oder für die Freizeit. Soll der Polizist dann sagen, tut mir Leid, mein Gehalt wurde in den letzten Jahren gekürzt – wir haben nicht das Geld – dafür darf ich jetzt aber verdachtsunabhängige Kontrollen oder Online-Durchsuchungen durchführen. Das tröstet kein Kind“.

Jens Mohrherr

Vertrauenskrisen

Beziehungskrisen Prominenter sind beliebte Klatschthemen. Schlagzeilen liefern u.a. Bildungs-, Beschäftigungs-, Versorgungs- und Absatzkrisen. Wie Alarmsignale wirken Regierungs-, Umwelt- und Wirtschaftskrisen. Finanzkrise hat es sogar zum Wort des Jahres 2008 gebracht. Weshalb aber tragen Krisen nur Wirkungs- und nicht ihre Anlassnamen? Man wird den Verdacht nicht los, dass die Verursacher ihre Schuld verschleiern wollen. Wer und was stecken hinter solchen euphemistischen Täuschungen?

Wo und wie entstehen Krisen? Was verursacht sie? Wer zu ihrer

Quelle findet, entdeckt eigentlich vermeidbare menschliche Schwächen: Geiz und Gier, Dummheit und Überheblichkeit, Neid und Misstrauen, Korruption und Erpressung, Faulheit und Oberflächlichkeit u.dgl.

Solche Eigenschaften und Verhaltensweisen scheinen zu verlockend und ansteckend zu sein. Sie verbreiten sich wie Seuchen, zerstören Hoffnungen und Vertrauen. Aber Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit zu verlieren, zerstört Bindungen, erzeugt Misstrauen, Distanz. Ausufernde Krisen sind die Folge. Es ist absurd: Menschliche Schwächen

provozieren – ungewollt wie unvermeidbar - starke schädliche Wirkungen.

Natürlich könnten Krisen begrenzt, ihr Schaden gemindert und ihr Ausufern verhindert werden. So ließe sich Krisengefahr bannen und oft sogar in Gewinnbahnen lenken. Krisen können sich aber auch zuspitzen und in Katastrophen münden. Was z. B. Darlehnsnehmer, Anleger und Sparer von Bankpleiten zu spüren bekamen, ist ein Desaster. Entsprechend Angebot und Streben von Parteien, Religionen, Produzenten und Dienstleistern nicht suggerierten Erwartungen, tritt nach

Scheinerfolgen i. d. R. das Gegenteil des Angestrebten ein. Dennoch wird schädigendes Verhalten ignoriert und fortgesetzt. Vielen Negativbeispielen können wir uns kaum entziehen: Heils-, Gewinn- und politischen Versprechen, Mogelpackungen und Produktfälschungen, schmerzhaften Einkommenseinbußen und Verteuerungen.

Viel ankündigen schwächt das Vertrauen. Horaz

Realistisch betrachtet, werden wir in unseren Lebensbereichen von globalen, nationalen, auch örtlichen Krisen weniger beeinträchtigt, als durch persönliche. Dabei werden gesundheitliche Krisen als Lebensschicksal hingenommen. In beruflichen Krisen gerät mancher auch schuldlos. Denn nicht alle sind jedem jederzeit sympathisch. Bevormunden, missachten, mobben und als Willkür empfundene Regeln sind Quelle und Treibmittel für Krisen. Bei Konfliktgefahr könnte offene Aussprache die Krise vermeiden. Vorgesetzte, denen Ja-Sager sympathisch, Erfolgreiche verdächtig und Kritiker suspekt sind, werden sicher mehr gefürchtet als geachtet. Erfolg hat aber i.d.R. nur, wer was kann und leistet. Dienstrang und Funktion sind keine Garanten für eine Anerkennung als Autorität.

Das „Leitbild der Hessischen Polizei“ wäre sicher geeignet, innerdienstliche Krisen ausschließen. Wird Mitarbeitern jedoch das Gefühl vermittelt, dass vorbildliche Führungsverantwortung nur für nachgeordnete Führungsebenen gilt, sind Frust und Resignation unvermeidbar. Dienstfreude und Engagement werden gedämpft und nähern sich „innerer Kündigung“. Derartige Alarmsignale dürfen nicht ignoriert werden.

Unter Kollegen grassiert solidarisiert die Erkenntnis „EdK“, was kapitulierend für „Ende der Karriere“ steht. Diese deprimierende Selbsteinschätzung sollte dort zu denken geben und Anstoß für Änderung negativer Führungseinflüsse sein, wo derart demotivierende Grundhaltungen ausgelöst werden. Denn wer sich als nicht ernst genommen, ausgegrenzt, abgeschos-

ben, ungerecht beurteilt fühlt, wird kaum gleiche Leistungen bringen können und wollen wie anerkannte Mitarbeiter. Opportunistisch Handelnde müssen nicht die Besten sein. Gerechtigkeitsempfinden von Mitarbeitern zu missachten, rächt sich – wirkt kontraproduktiv.

Vertrauen weckt Vertrauen. Deutsches Sprichwort

Vertrauen zu erwerben und zu pflegen ist schwer, es aufs Spiel zu setzen und zu verlieren geht leicht und rasch. Mehr zu versprechen als zu halten und von Vertrauen zu reden, ohne es durch Verhalten zu bestätigen, wird mit seinem Verlust geahndet. Es gibt Erfahrungen, die zur Selbstkritik Fähige erkennen lassen, weshalb sie mehr gefürchtet als geachtet, mehr gemieden als gesucht und – ohne es ggf. selbst zu merken – weshalb sie nicht so erfolgreich sind, wie Sympathieträger. Kritische Verantwortungsträger lässt die nachfolgende Stichwortliste (Prüfsteine!) möglicherweise erkennen, welche Eigenschaften und Verhaltensweisen vertrauensstörend wirken und geändert werden können, um Nachteilwirkungen durch Führungskrisen zu vermeiden:

- Versprechen werden nicht eingehalten.
- Dem eigenen Vorteil wird Vorrang gegeben.
- Kompromisse werden vermieden.
- Verhalten widerspricht allgemeinen Regeln.
- Kontrollieren ist wichtiger als Delegieren
- Wichtige Informationen werden verschwiegen
- Unangenehmes wird beschönigt.
- Schuld wird anderen zugeschoben.
- Kritisiert wird gern und öfter als gelobt.
- Konstruktives Feedback wird ausgeschaltet.
- Vertraulichkeiten werden nicht geachtet.

- Gerüchte werden ungefiltert verbreitet.
- Entschieden wird ohne Beteiligung Betroffener
- Stärken und Talente anderer werden kritisiert
- Fortbildung anderer wird nicht unterstützt.
- Rat oder Hilfe wird nicht angenommen
- Privates wird als störend abgelehnt.
- Gewinn und Ansehen haben Vorrang.
- Kritik wird als pers. Angriff zurückgewiesen.
- Diskussionen werden im Keim erstickt.
- Konflikte werden möglichst vermieden.
- Besprechungen dienen der Selbstdarstellung
- Heimliche Allianzen und Intrigen sind beliebt
- Parteilichkeit ist Handlungsprinzip.
- Zweifelsfälle benachteiligen andere
- Angebrachte Entschuldigung unterbleibt.

Na, hat die „Vertrauens-Krisen-Anamnese“ zu Treffern geführt? Ja? Dann sollte die Erkenntnis dazu beitragen können, ihr entgegen zu wirken und der Zielvorgabe des Leitbildes doch noch näher zu kommen.

Die beste Möglichkeit, eine Krise zu bestehen, ist anzugreifen.
Nino Cerruti

Gerhard Kastl

Nichts kann den Menschen mehr stärken als das Vertrauen, das man ihm entgegenbringt.

Adolf von Harnack

2009 - das Jahr schlechter Nachrichten

Die Kanzlerin als Orakel aus der Uckermark

Das Jahr 2009 wird das Jahr der schlechten Nachrichten – so hat es Angela Merkel (CDU) geweissagt. Vielleicht dachte sie nicht nur an die skrupellosen, immer weit überschätzten Banker oder an mangelhafte, oft auch von ihr hofierte Wirtschaftsstrategen.

ckers, Schumachers und Beckenbauers, die in Deutschland zwar keine Steuern zahlen, aber bei denen dafür schon seit Generationen deutsches Blut durch die Adern fließt? Dem Grundgesetz nach genügt der Pass! Vielleicht sollte Ramsauer mal bei seinem Spezi Koch

sagen wie der stern: „KALT, KÄLTER, KOCH“.

Wir verdanken dieses Wahlergebnis, diese schlechte Nachricht, allerdings vier SPD-Abwechtlern. Diese „Verantwortungsethiker“, wie Klaus Staeck sie nannte, hatten „ihr jäh erwachtes Gewissen absolut gesetzt und damit das Votum der Mehrheit ignoriert“. - „Demokratien und demokratische Parteien funktionieren nur dann, wenn das Mehrheitsprinzip akzeptiert wird.“ Mit „Gewissensentscheidungen“ hatte das alles nichts zu tun.

Bis hierher hat das Orakel aus der Uckermark also schon mal recht gehabt – ein Jahr mit schlechten Nachrichten.

Doch es gibt auch positive Meldungen. Nehmen wir die Regierungsbildung in unserem schönen Hessenland. Ratzfatz hat Jörg Uwe Hahn seinen Spezi Koch über den Tisch gezogen und für seine FDP drei fette Ministerien an Land gezogen. Da hat es sogar in der CDU Leute gegeben, die ihren bisherigen Beinahe-Gott Koch so überdeutlich und öffentlich kritisierten, wie bisher undenkbar. Also, ist das nichts Positives? – Offen praktizierte Meinungsvielfalt statt Duckmäusertum auch in der Hessen-CDU.

Na und dann die Wahl zum Ministerpräsidenten. War das nichts? Schon wieder vier Abwechtlern – und diesmal nicht bei den linken Chaos-Schwestern und –brüdern sondern bei den sonst so uniformen Christdemokraten (zumindest mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit). War das eigentlich auch eine Gewissensentscheidung oder nur eine banale Misstrauensbekundung? Der Versuch Kochs, die fehlenden Ja-Stimmen mit der Unfähigkeit seiner Parteikollegen beim Umgang mit den neuen Stimmkarten zu erklären, ist schon eine Frechheit. Man muss sich mal vorstellen, was das eigentlich hieße. – Aber, die Nachricht von den Abwechtlern war bestimmt keine schlechte – zumindest für mich nicht.



Eventuell auch an fränkisch-bayerische Quertreiber, wie Seehofer (CSU), der als Bundesminister brav war und nur durch einen vorzeigbaren Seitensprung von sich reden machte, jetzt als Gaufürst aber ständig für Unruhe und Unfrieden in der Regierungskoalition sorgt.

Oder an Ramsauer, Landesgruppenchef der CSU-Abteilung in Berlin, der in der Kriminalstatistik nicht nur die Staatsangehörigkeit, sondern auch die Herkunft von eingewanderten Tatverdächtigen erfasst wissen möchte. „Die Abnahme der Ausländerkriminalität, die immer behauptet wird, ist vor allem dadurch herbeigeführt worden, dass Ausländer durch die Zuerkennung der deutschen Staatsbürgerschaft formal Deutsche geworden sind“, so Ramsauer. Offen ließ der Oberbayer, ab wann seiner Meinung nach einer so richtig Deutscher ist - zweite Generation, dritte Generation? Was ist mit den Szymanskis, Podolskis, Kloses, Asamoas und und und? Sind das wirklich richtige Deutsche? Oder doch eher die Be-

aus Hessen nachfragen, der hat Erfahrung mit Wahlkampf gegen Ausländer. (Ist eigentlich Obama ein richtiger US-Amerikaner nach der Lesart Ramsauers?)

Ich denke bei den schlechten Nachrichten schon zu Beginn des Jahres an den Ausgang der Hessenwahl. Ausgerechnet die Parteien, deren Repräsentanten die Arbeitnehmerrechte lieber beschneiden als zu stärken, die Tarifdiktate als Verhandlungsergebnisse ausgeben und zur Not auch schon mal die Öffentlichkeit belügen, stellen die Parlamentsmehrheit. Klar, es hätte noch schlimmer kommen können. Wenigstens kann die Koch-CDU nicht mehr alleine regieren und sich anmaßen, Hessen als ihr Eigentum zu betrachten. Wie war in einem Leserbrief in einem großen deutschen Magazin zu lesen: „Koch hat uns Hessen schon mehrfach belogen und betrogen, dass sich alle Balken in unseren wunderschönen hessischen Fachwerkhäusern durchgebogen haben.“ Man kann es auch

Oder das Ministerinnen- und Minister-Karussell. Da kommt ein Landrat aus Bad Homburg (von mir durchaus geschätzt) nach Wiesbaden und übernimmt das Justizministerium und macht das zig Mal besser als sein „großmäuliger“ Vorgänger. Dann muss die CDU-Alleinregierung ihre Kultusministerin wegen offener Unfähigkeit entlassen und flugs macht der Ex-Landrat aus Bad Homburg das noch mit - und auch noch recht erfolgreich. Nun werden nach der Wahl mit dem von mir beklagten Ausgang, die Karten neu gemischt und eins zwei drei wird der erfolgreiche Justiz- und Kultusminister plötzlich Sozialminister – „Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit“ (seine Frau meinte, es entspreche genau seinen Prioritäten: „An erster Stelle kommt für mich immer die Arbeit, dann in weitem Abstand die Familie und ganz zuletzt die Gesundheit.“ – Ist das eigentlich dann noch sozial? Er vertreibt die angeblich ebenfalls anerkannte Sozialmi-

nisterin ins Landwirtschafts- und Umweltministerium. Hierfür ist sie natürlich bestens geeignet, kommt sie doch vom Lande und ist auf einem Bauernhof groß geworden. Wir verfügen also in Hessen, besser vielleicht in der Hessen-CDU, über Allrounder, die ihresgleichen suchen. Das ist doch toll, oder nicht? – Oder hat etwa Rainer Brüderle (FDP) Recht, der im Zusammenhang mit der Ernennung des neuen Bundes-Wirtschaftsministers von und zu Guttenberg meinte: „Offenbar genügt es in der Union, dass man lesen und schreiben kann, um Wirtschaftsminister zu werden.“ Aber dann wäre das ja auch eine schlechte Nachricht und das Orakel wäre wieder bestätigt.

Und was erwartet nun uns - bei der Polizei? Nun, man könnte sagen, nichts Neues. Wir behalten „unseren“ Minister – ich hätte fast geschrieben, hätte schlimmer kommen können. Ein neuer Staatssekretär (Boris Rhein aus Frankfurt, damit

auch die Großstädter jetzt ganz ruhig gestellt sind – Boddenberg ist ja auch schon zum Minister erkoren worden) wird ihn unterstützen – wie hieß eigentlich sein(e) Vorgänger(in)? Da sich Rhein als Innenpolitiker berufen fühlt und sich für noch größere Aufgaben empfehlen möchte, ergeben sich hier vielleicht auch für uns Chancen. Mit jemandem, der auf der Frankfurter Freßgass gern Bratwurst isst, kann man bestimmt geschickt reden. Und wenn Koch endlich in Berlin sein Wesen treibt und Bouffier ihn in Hessen beerben darf und und ... – da geht doch was!

Mein Resümee: Das Orakel aus der Uckermark hat nur zum Teil Recht. Das Jahr 2009 wird ein Jahr mit vielen schlechten Nachrichten. Aber, es gibt nicht nur die negativen, es gibt auch so la la und sogar auch gute News.

-Macht's Beste draus!

Dieter Kurth

Krisenpaket der Bundesregierung

Auswirkungen auf die Sozialversicherung

Die Antwort der Bundesregierung auf die größte Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik ist das sogenannte Konjunkturpaket II. Es hat massive Auswirkungen auf die Sozialversicherung.

Die Bundesregierung hat, um die zu erwartenden weiteren Folgen der Rezession zu mildern ein zweites Konjunkturpaket beschlossen. Einige Punkte wirken sich direkt für die Arbeitnehmer aus.

Der gesetzliche Krankenversicherungsbeitrag sinkt ab 1.7.2009

Der Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung wird zum 1. Juli 2009 von 15,5 auf 14,9 % gesenkt. Die dadurch eintretende Entlastung wirkt sich in gleicher Höhe für Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus. Von den niedrigeren GKV-Beiträgen profitieren auch Rentner.



Die Extrabelastung der Arbeitnehmer bzw. Versicherten von 0,9 % soll - entgegen erster Überlegungen - auch künftig beibehalten werden. Die Beitragssatzsenkung soll komplett vom Staat finanziert werden.

Arbeitslosenversicherung: Beitrag bleibt über 2010 hinaus bei 2,8 % - der Staat zahlt

Arbeitnehmer und Unternehmen können auch über die Jahresmitte 2010 hinaus mit einem stabilen Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung rechnen. Er soll trotz der Konjunkturkrise bei 2,8 Prozent fixiert werden. Sollte die Bundesagentur für Arbeit (BA) mit den Beitragseinnahmen nicht auskommen, wird der Bund einspringen und das Defizit ausgleichen. Dies gab es früher schon einmal.

Nach der derzeitigen Gesetzeslage wäre der Arbeitslosenbeitrag automatisch zum 1. Juli 2010 von derzeit 2,8 auf 3,0 % vom Bruttolohn gestiegen. Dies soll nun zur Sicherung der Beschäftigung korrigiert werden. (E.B. Ausschnitt dpa)

Egoismen

Egoismus ist unausrottbar. Eigenliebe und Eigennützigkeit sind lebensnotwendig, jedoch bei vielen oft bis ins Verwerfliche ausgeprägt. Pflanzen, Tiere und Menschen haben Mittel und Methoden gefunden, Bedürfnisse zu stillen. Ihr Selbsterhaltungstrieb ist Existenzbedingung. Doch Menschen beschränken sich leider nicht nur auf Lebens- und Art-erhaltung. Egoisten waren von jeher in der Lage, andere zu benachteiligen und zu unterdrücken. Vorteilsstreben hat sich zum immer schmerzlicher empfundenen Zustand unserer Gesellschaft entwickelt. Subtile Handlungsstrategien lösten extrem schädliche Wirkungen aus. Wissende manipulieren Verdummte, Mächtige unterdrücken Abhängige, Vermögende brauchen Bedürftige.

Wissen ist Macht. Wo Wissen begrenzt bleibt, wird Verkündetes gerne geglaubt. Machtstreber beherrschen seit jeher listige Methoden zur Steuerung Gutgläubiger. Kriege, Paläste und Reichtümer sind Generationen überdauernde Belege für den Erfolg von Geister- und Gespensterglauben, von Gewinn- und Heilsversprechen, von Drohungen und Ängsten. In unserer Zeit herrscht Kapital über Medien. Medien formen Wissen wie Meinungen und damit den Einfluss auf Legislative und Exekutive.

Wer nichts weiß, muss alles glauben.

Marie von Ebner-Eschenbach

Glaubensüberzeugungen gedeihen, wo Macht egoisten für Halb- und Nichtwissen sorgen. Vom Geister- und Gespensterglauben über Götter- und Götzenwahn der Kulturen und Religionen bis zu den monotheistischen Dogmen wurden und werden Menschen von der Selbstkasteiung bis zur gegenseitigen Vernichtung verführt, um Verführern Macht zu mehren und zu erhalten.

Egozentrische Verhaltensweisen und ihre Ergebnisse schädigen sogar unseren Lebensraum. Einflussnehmer und Regelgeber gebärden sich teilweise geradezu als Altruis-

musgegner. Als arrogante Egoisten sind viele sogar Gegner von Treu und Glauben (§ 242 BGB). Raffinierte Verdummungsstrategien erleichterten Vorteils- und Machtstreben. Herrschen eliminiert Empfindsamkeit für negative Folgen. Herrschende Minderheiten haben immer verstanden, auf Kosten dulddender Mehrheiten zu leben.

Doch muss man Egoismus deshalb abwertend nur als unanständiges, rücksichtsloses Verhalten verstehen? Nein! Denn gesundheitsbewusstes und leistungsbereites Verhalten, nutzt ja auch anderen, der Gemeinschaft. Gesunder Ehrgeiz kommt nicht nur Leistungsbereiten und Angehörigen zugute, er hat auch auf Beruf und Gesellschaft positiven Einfluss. Konträre Effekte erzielen dagegen diejenigen, die Unangenehmes gerne anderen überlassen, Aufgaben oberflächlich wahrnehmen oder hinausschieben (= Prokrastination). Nachlässigkeiten und „Aussitzen“ sind egoistisch und keine Erfolgsmethoden. Gleichermäßen egoistisch und schizophoren denkt und handelt, wer ablehnt, was er dennoch gerne beansprucht. Nachteilfolgen, die Vorteilstreben oft nach sich ziehen, werden einfach ausgeblendet. Aktuelle Beispiele liefern uns Steuer- und Dopingsünder, Machthungrige und Raffgierige, Heuchler und andere Vorteilsbesessene sind oft auch noch Stolz auf ihre „Cleverness“. Doch „Gauereien“ zu entdecken, aufzuklären und zu verurteilen ist (warum wohl?) nicht überall und immer leicht.

Dem Allgemeinwohl abträglich ist Egozentrik, weil sie vorwiegend bis ausschließlich auf eigene Vorteile fixiert ist. Rücksichtslose bis krankhafte Egoisten (Egomane) beabsichtigen bestimmte Schadenfolgen oder nehmen negative Ergebnisse bewusst in Kauf. Wer kennt sie nicht, die fast täglichen Schreckensmeldungen der politischen und wirtschaftlichen Bühne? Ist es denn so schwierig, vernünftig aufs Gemeinwohl zu achten, prognostisch zu denken und zu handeln?

Nur an sich und an das Gegenwärtige denken

ist die Quelle der Fehlgriffe in der Staatskunst.

Jean de la Bruyère

Egomane ist teuer. Deutschland leistet sich sechzehn Länder und mehr Abgeordnete, Ministerien und Ländereinrichtungen als Vergleichsstaaten. Obwohl Artikel 29 Abs. 1 GG seit 1949 eine sinnvolle Neugliederung vorsieht, ist offensichtlich keiner der Amtsinhaber bereit, Machtpositionen aufzugeben. Auch bei Banken und Konzernen wird oben genommen, was das System hergibt. Gewinne werden privatisiert und Verluste sozialisiert. Lediglich Nachahmer werden disqualifiziert und Opfer ignoriert. Was hemmungslose Gier weniger anrichtet, hat aktuell bereits vielen geschadet. Folgen der Bankpleiten, Finanzkrise und Rezession treffen nun alle.

Polizisten werden mit Egoismen unterschiedlichster Art aus vielen Richtungen konfrontiert. Innerdienstlicher Egoismus kann z.B. mehr zusetzen als mancher Ermittlungsstau. Mobbing, Stellenneid und Konkurrenten-Klagen schaden zunächst allen Beteiligten. Vorteilstreben von Normabweichern ist i.d.R. Egoismus pur. Gesellschaftlich geächteter Egoismus ist allerdings auch Beschäftigungsgarant für Polizei und Justiz.

Konkurrierende Interessen lassen grundsätzlich Überlegene zum Zuge kommen. Wo Kapital und Macht herrschen, bleiben Einzelne und Minderheiten chancenlos. Ohne einflussreiche Interessenvertretung bliebe auch Polizei vergeblich um angemessene Anerkennung bemüht. Erfahrung lehrt: Erst „Eignigkeit macht stark!“. Wer nicht hemmungslos zerteilt/entzweit manipuliert und beherrscht werden möchte, muss entschlossen und geschlossen dagegen wirken können. Deshalb ist Mitgliedschaft in der Berufsvertretung für abhängig Beschäftigte geradezu existenziell.

Zwar partizipieren auch Nichtorganisierte von gewerkschaftlichen Errungenschaften, wie z. B. von Aufstiegschancen, Einkommens- und Ausstattungsverbesserungen, aber Vertretungsverzicht schwächt und verzögert Aufklärungs- und Verhandlungserfolge.

Wer von Einsicht und Wohlwollen des Dienstherrn abhängig ist, kann allein nichts bewirken. Beitrag zu sparen, kostet im Endeffekt mehr, als ihn zu zahlen. Beitragsgeiz wirkt

unvermeidbar als selbst- und berufsschädigender Egoismus.

Vergangenheit und Gegenwart bieten uns unendlich viele Beispiele rücksichtloser Verhaltensweisen von Zeitgenossen. Erstaunlich bleiben dabei Desinteresse und Unwissen dulddender Mehrheiten. Was politische Einseitigkeit, Maßlosigkeit und hemmungslose Gier auslösen können, haben Regierungswechsel, Bankpleiten, Insolvenzen und Verarmung einst Vermögender bewiesen. Derartigen Entwicklungen fehlt

konsequente Kontrolle. Erst Übertreibungen provozieren i.d.R. Gegenreaktionen. Aufklärung und Einsicht, Auflehnung und z.T. auch heftige Gegenreaktionen kommen oft zu spät.

Gegensätze sind unser Schicksal. Ob wir Nutznießer oder Opfer von einem oder beider Gegensätze sind, hängt, wie wir täglich erleben können, von Ort, Zeit und Stellung ab.

Gerhard Kastl

Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe HBPP gut besucht

Ehrungen verdienter Gewerkschafter standen im Mittelpunkt!



Auch im Dezember 2008 fanden erneut zahlreiche Mitglieder unserer Kreisgruppe den Weg zu ihrer GdP. Traditionell wurde in der Gaststätte Mainzer Hof in Kostheim auch in diesem Jahr die Jahreshauptversammlung durchgeführt.

Auch unsere Pensionäre haben die Einladung angenommen. Die weiteste Anreise hatte dabei unser geschätzter Freund und Kollege Werner Schütz, der aus dem baden-württembergischen Backnang angereist war.

Der Vorsitzende berichtete in seinem Rechenschaftsbericht über die Aktivitäten des vergangenen Kalenderjahres. Neben zahlreichen Aktionen rund um die Postkartenaktion der GdP konnte auch in diesem Jahr

ein Seniorentreffen, gemeinsam mit der befreundeten Bezirksgruppe Westhessen, durchgeführt werden. Alle die dabei waren haben versichert, dass es Klasse war! Natürlich werden wir auch im Jahr 2009 an diese Aktion anknüpfen.

Wichtigster Tagesordnungspunkt war selbstredend die Ehrung verdienter Gewerkschafter. Leider konnten nicht alle zu ehrenden teilnehmen, diese Ehrungen werden wir natürlich nachholen.

Für 25 Jahre Mitgliedschaft:

Christof Juppe. Michael Kaiser war verhindert.

Für 30 Jahre Mitgliedschaft:

Lothar Zang

Für 40 Jahre Mitgliedschaft:

Jürgen Mewers.

Leonhard Kaimer war verhindert.



Für 50 Jahre Mitgliedschaft

wurde unser ehemaliger Vorsitzender des Hauptpersonalrates der hessischen Polizei, Adi Raima geehrt.

Adi Raima ließ es sich auch nicht nehmen, spontan in einer kleinen Ansprache die Bedeutung der Gewerkschaften im Berufsleben eines Polizeibeschäftigten zu verdeutlichen. Innenminister kommen und gehen – Verlässlichkeit im Dialog mit den politischen Verantwortlichen ist eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche GdP Arbeit. In den Abendstunden, bei gutem Essen und entsprechender Geselligkeit, klang die diesjährige Versammlung entspannt aus. Wir freuen uns auf nächstes Jahr!
(jm)

18, - 20, - 22, - Null – Großes Interesse beim Preisskat der KG Mudra

Mitte November hatte die KG „Mudra“ Mitglieder und Freunde zum traditionellen Preisskat in die „Mudra“ eingeladen. Gefolgt waren dieser Einladung 24 Skatspieler, darunter auch der kommissarische Behördenleiter, Manfred Tecl. Nach der Begrüßung durch den Kreisgruppenvorsitzenden Tino Müller verteilten sich die Spieler auf 8 Tische (à 3 Spieler). Gespielt wurden 3 Runden mit jeweils 18 Spielen, nach der allgemein gültigen Skatregel.

Zwischen den Runden konnten sich die Spieler mit kühlen Getränken und heißem Chili Con Carne stärken.

Nach fast fünf Stunden höchster Konzentration standen die Gewinner fest.

1. Platz mit 2005 Punkten-
Manfred Tecl
2. Platz mit 1943 Punkten-
Thomas Hesse
3. Platz mit 1877 Punkten-
Hubertus Brückner



9. Platz mit 1545 Punkten-
Cornelia Teriakidis (beste Skatspielerin!)

Nach einem von der KG Mudra perfekt organisierten Skatabend wurde der Beschluss gefasst, dass auch im nächsten Jahr ein Preisskat

durchgeführt wird. Da beschlossenes von unserer GdP auch konsequent umgesetzt wird, bitte auf die Termine im nächsten Jahr achten.

Roland Kramer
BZG Bereitschaftspolizei

Blau oder grün/beige – Ist die neue „Blaue“ so gut wie sie aussieht?

Um es vorweg zu nehmen, bei den hier aufgezeigten Ergebnissen der Untersuchung, der alten grün/beigen und der neuen blauen Uniform, handelt es sich weder bei der alten, noch bei der neuen blauen Uniform um hessische Uniformteile.

Detaillierte Erkenntnisse über die Stoffqualitäten der hessischen neuen blauen Uniform liegen der GdP nicht vor. In einem Schreiben an das LPP haben wir hierüber Auskunft erbeten.

Für Hessen sicherlich sehr positiv ist die Tatsache, dass aktuell eine Projektgruppe, zur Weiterentwicklung der blauen Uniform, eingerichtet wurde. Die Frage nach dem richtigen Poloshirt und die Verbesserung einzelner Kleidungsstücke sind Aufgaben, denen man sich im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen auch in Zukunft stellen muss.

Allerdings ist die Einführung der neuen blauen Uniform nicht in allen Bundesländern so komplikationslos wie in Hessen abgelaufen. Insbesondere in der Frage der Materialauswahl gab es offensichtliche Mängel, die unsere Kolleginnen und Kollegen in Niedersachsen sehr deutlich artikulierten.

Grund genug für die GdP, dieser Sache nachzugehen und auf Bundesebene den Auftrag zu erteilen, die aktuelle beige/grüne Dienstkleidung, mit der eingeführten blauen Dienstkleidung aus Niedersachsen, auf Herz und Nieren zu testen.



GdP - Bundesfachausschuss „Schutzpolizei“ regte Prüfung der blauen Dienstkleidung an

Aufgrund dieser massiven Beschwerden aus dem Kollegenkreis der niedersächsischen Polizei regte der Bundesfachausschuss der Schutzpolizei einen Brandtest mit der neuen Uniform an. Mit diesem und einer ganzen Reihe weiterer Vergleichstests wurde die öffentliche Prüfstelle für das Textilwesen in Mönchengladbach beauftragt.

Das Ergebnis im Brandverhalten war bei einer ersten Betrachtung erschreckend!

Ende des vergangenen Jahres besuchten die Mitglieder des Bundesfachausschusses die Öffentliche Prüfstelle der Hochschule Niederrhein, um sich vor

Ort von den Prüfungen ein Bild zu machen. Für Hessen nahm Lothar Hölzgen (Mitglied des GdP Landesvorstands, Vorsitzender des Bundesfachausschuss Schutzpolizei) an der Prüfung der blauen Dienstkleidung teil.

Die Öffentliche Prüfstelle betreibt im Rahmen ihrer Aufgaben selbständige Untersuchungs- und Entwicklungsarbeiten und beteiligt sich an der Erstellung von Normen, Prüfverfahren und Richtlinien.

Sie pflegt engen Kontakt zu Hoch- und Fachhochschulen, zu wissenschaftlichen Instituten, zur Industrie, zum Handel und zu den Verbänden der Textil- und Bekleidungsindustrie.

Die Öffentliche Prüfstelle befasst sich schwerpunktmäßig mit dem angewandten Qualitätsmanagement von Fasern und Filamenten aus allen Textilien an zertifizierten Prüfgeräten. Üblicherweise arbeitet die öffentliche Prüfstelle auf der Grundlage der aktuellen Normen nach DIN, EN, ISO, British Standard, Marks & Spencer u.a. führt sie chemisch-technische

Öffentliche Prüfstelle für das Textilwesen

Die Öffentliche Prüfstelle für das Textilwesen Mönchengladbach ist ein Institut des Fachbereichs Textil- und Bekleidungstechnik der Hochschule Niederrhein und führt als neutrale, staatliche Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen Materialprüfungen durch. Durch ministeriellen Erlass wurde der öffentlichen Prüfstelle die Prüfbefugnis für alle Norm-Prüfungen und Prüfverfahren sowie die Sonderuntersuchungen auf dem Fachgebiet "GESAMTE TEXTILINDUSTRIE" erteilt.

und physikalisch - technische Untersuchungen durch.

Prüfung mit moderner Laborausstattung und zertifizierten Geräten

Verfahren zur Überprüfung der Wirksamkeit einer Ausrüstung, wie z.B. die Fähigkeit des verwandten Stoffes Wasser, über einen längeren Zeitraum abzuweisen. Nur eine wasserabweisende Dienstkleidung schützt unsere Kolleginnen und Kollegen im Einsatz auf der Straße – auch über einen längeren Zeitraum. Eine Dienstkleidung die nach kurzem Regen durchnässt, ist für unsere Kolleginnen und Kollegen im Außendienst nicht zu akzeptieren.

Das Ergebnis:

Die blaue Dienstkleidung (Außenjacke) Modell „Hamburg“ ist aufgrund der Innenbeschichtung wasserabweisend. Kein Wasser dringt durch den Stoff. Kleinste Tropfen perlen durch einfaches schütteln bzw. klopfen von der Stoffoberfläche ab.

Natürlich waren die Mitglieder des BFA-S gespannt, wie dieses erste Testverfahren verläuft.



Der blaue Stoff (oben) zeigt sehr gute Imprägniereigenschaften.



In kurzer Zeit komplett durchnässt – der alte grüne Anorak.

Brennverhalten Blaue Dienstkleidung (Außenjacke)

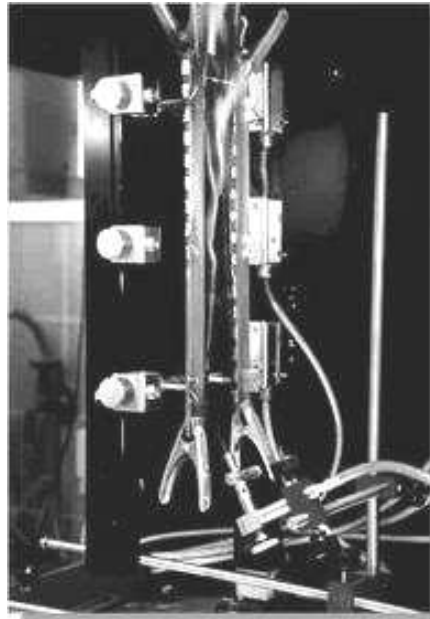


Foto oben: Prof. Dr. Hilden spannte eine genormte Stoffprobe von der neuen „Außenjacke Hamburg“ auf einen Metallrahmen und beflammt den Stoff an der unteren Stoffkante 10 Sekunden mit einer genormten Gasflamme.

Das Ergebnis:

Die Innenbeschichtung des Stoffs schmilzt und tropft brennend ab. Getragen auf dem Körper würden sich die brennenden Schmelztropfen in die Haut einbrennen und schwerste Verbrennungen verursachen.

Nicht neu auch die Brandergebnisse bei der aktuellen grünen Dienstkleidung (Niedersachsen). Ob Diensthemd, Anorak oder Tuchhose, alle getesteten Stoffproben hatten ein sehr schlechtes Brennverhalten. Erschreckend ist nur, dass bei der neuen blauen Dienstkleidung (Außenjacke Modell Hamburg) das Brennverhalten nicht besser, sondern erheblich schlechter geworden ist.

In diesem Zusammenhang müssen unsere Kolleginnen und Kollegen wissen, dass man den totalen Brandschutz bei der „normalen Uniform“ so nicht

gewährleisten kann. Hierfür wird diese auch nicht konzipiert. Deutlich mehr Brandschutz ginge zu Lasten des Tragekomforts. Hinzu kommt, dass die Imprägnierung von Stoffen nicht immer hautverträglich ist.

Da wir aber, zum Beispiel gerade in Hessen, auf Tragekomfort und Alltagstauglichkeit erheblichen Wert gelegt haben, dürfen wir sicherlich behaupten, dass die Einführung und die Wahl der Produkte hier bei uns erheblich besser und wohl auch professioneller umgesetzt wurden.

Unsere Kolleginnen und Kollegen, insbesondere in der Testphase, haben hier einen wesentlichen Beitrag an dem positiven Verlauf in Hessen.

Im Bezug auf die Sonderbekleidung, hier im Besonderen die Einsatzanzüge, ist Hessen aktuell dabei die neuen flammhemmenden Anzüge für jeden zur Verfügung zu stellen. Bei der Beschaffung und Auslieferung dieser Anzüge darf man sicher sein, dass diese den höchsten Sicherheitsstandards entsprechen.

Die GdP wird nach Abschluss aller Prüfungen das Ergebnis in den GdP Publikationen veröffentlichen.

In den nördlichen Bundesländern hat man bereits die getestete blaue Uniform eingeführt.

In Baden-Württemberg haben die Arbeitsgruppen der Teilprojekte „Blaue Uniform“ gute Arbeit geleistet und sich gerade im Bereich der „Arbeitssicherheit“ Gedanken gemacht.

Hoffen wir, dass in Baden-Württemberg eine „sichere“ Dienstkleidung beschafft wird und dass die Ergebnisse der Tests der 2009 eingeführten Dienstkleidung deutlich besser ausfallen, als die für die blaue Dienstkleidung aus Niedersachsen.

Lothar Hölzgen